

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Abfallbewirtschaftung statt Abfallbeseitigung in unserem Land

Regierung schickte Entwurf für ein neues Abfallgesetz in die Vernehmlassung - Grundsätze der Abfallentsorgung festgelegt

(paf) - Die Regierung hat den Entwurf für ein Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz) den interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 15. Juni 1987.

Nach geltender Ordnung ist die Abfallentsorgung fast ausschliesslich eine Gemeindeaufgabe, die mit staatlichen Beiträgen unterstützt wird. Die Praxis zeigt in zunehmendem Masse, dass die Möglichkeiten der Gemeinden bei besonderen Arten von Abfällen begrenzt sind. Mengen und Arten der Abfälle haben stark zugenommen und wachsen weiter an. Es sind Hausabfälle, Klärschlämme, Industrie-, Gewerbe- und Landwirtschaftsabfälle, Bauschutt, Altwaren aller Art, Tierkadaver und Sonderabfälle zu beseitigen beziehungsweise unschädlich zu machen. Was für den einen Abfall ist, dessen er sich entledigen muss, ist für den anderen Baustoff für ein neues Produkt, für die Rückgewinnung verwertbarer Bestandteile oder für die Energieproduktion. Jede Verwertung führt jedoch ebenfalls wieder zu Abfällen aller Art in unterschiedlicher Menge und Zusammensetzung, die schlussendlich beseitigt werden müssen. Damit verbunden sind Belastungen von Boden, Luft oder Wasser, die wiederum mit geeigneten Massnahmen zu minimieren sind. Eine Sonderstellung nehmen dabei die Sonderabfälle ein, die einer besonderen Behandlung bedürfen. Vor allem für die flüssigen und festen Sonderabfälle im engeren Sinne sind differenziertere Behandlungstechniken notwendig. Darunter fallen Altöle, ölhaltige Abfälle, Emulsionen, Lösungsmittel, Farben, andere organische Chemikalien und anorganische Abfälle. Eine sinnvolle, umweltgerechte und rohstoffsparende Abfallentsorgung kann sich damit nicht nur auf zwei voneinander unabhängige einfache Entsorgungssysteme, nämlich auf die Verbrennung oder die Deponierung stützen. Im Prinzip sollte für jede Abfallart eine optimale Entsorgung zur Verfügung stehen. Da dies aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein wird, muss aber auf jeden Fall dafür gesorgt werden, dass alle Abfälle einen verantwortbaren und kontrollierbaren Weg nehmen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Anlagebetreibern auch über die Grenzen Liechtensteins hinaus ist deshalb unabdingbar. Der nun in die Vernehmlassung geschickte Entwurf für ein neues Abfallgesetz soll die gesetzlichen Grundlagen schaffen für diese Art des Umgangs mit Abfällen im Sinne von Vermeidung, fachgerechter Entsorgung oder Wiederverwertung.

### Grundzüge des Gesetzes

In einem ersten Teil sind wichtige allgemeine Bestimmungen aufgeführt. So

sind darin die Grundsätze der Abfallentsorgung und die Zuständigkeiten festgelegt. Verankert sind in diesem ersten Teil auch die Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Abfallentsorgungsanlagen sowie die zu beachtenden Vorbehalte,

insbesondere im Hinblick auf die aufgrund des Zollvertrages in Liechtenstein anwendbaren Vorschriften.

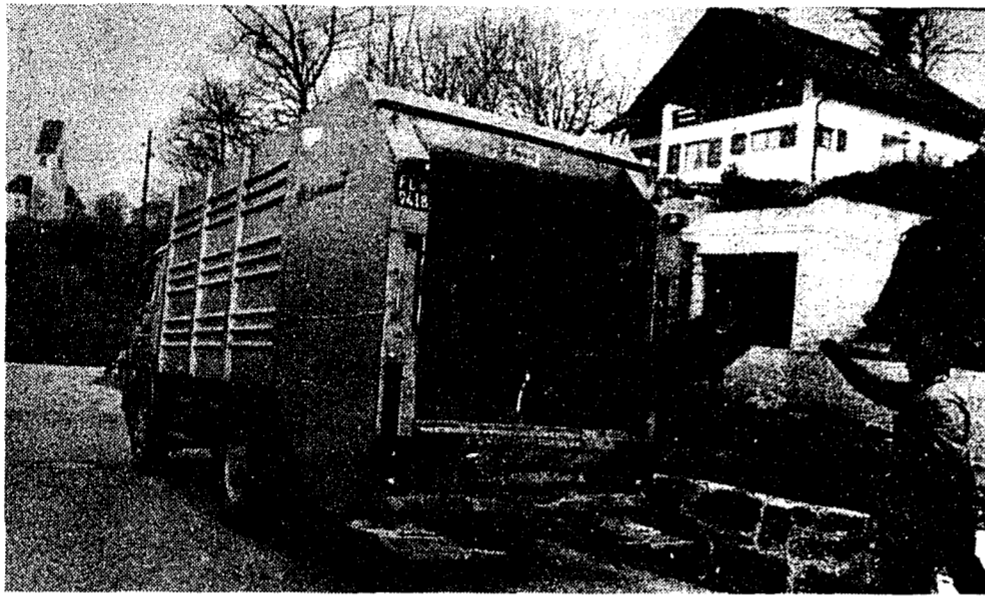
Ein zweiter Teil enthält die Bestimmungen betreffend die Siedlungsabfälle, die Sonderabfälle, die Deponien und die

Anlagen für ausgediente Fahrzeuge.

Die Finanzierung der Abfallentsorgung schliesslich ist im dritten Teil der Gesetzesvorlage geregelt. Grundsätzlich sind die Gemeinden für die Entsorgung der Siedlungsabfälle verantwortlich, hingegen sollen sie bei den Sonderabfällen entlastet werden. Bei der Errichtung von Entsorgungsanlagen für Siedlungsabfälle leistet der Staat 40 Prozent an die Anlage- und Einrichtungskosten.

Demgegenüber sollen sich gemäss dem Entwurf die finanziellen Leistungen des Staates beim Bau von Anlagen zur Entsorgung von Sonderabfällen nicht auf Subventionen beschränken und nicht direkt mit Gemeindeleistungen gekoppelt werden, da der Staat für die Behandlung dieser Abfälle eine eigenständige Verantwortung trägt. Der Gesetzesentwurf schreibt im weiteren die Einhebung von Abfallgebühren zwingend vor. Er sagt auch, dass die Tarifbildung die Reduktion der Abfallmengen und die umweltchonende Verwertung zu unterstützen habe.

In den anschliessenden Abschnitten der Regierungsvorlage sind die Organisation, das Verfahren und die Rechtsmittel sowie die Straf- und Schlussbestimmungen enthalten.



Der Abfall in unserem Land soll künftig nicht einfach vernichtet, sondern teilweise wiederverwertet werden. Die Regierung hat den Entwurf eines Abfallgesetzes in die Vernehmlassung gegeben, das die gesetzlichen Grundlagen für die Art des Umgangs mit Abfällen im Sinne der Vermeidung, fachgerechter Entsorgung oder Wiederverwertung schaffen soll. (Bild: Brigitt Risch)

## KOMMENTAR

Unsere Gesellschaft, die moderne Konsum- und Wegwerf-Gesellschaft, produzierte in den letzten Jahrzehnten in zunehmendem Masse einen ständig wachsenden Abfallberg. Im europäischen Raum steht unser Land, gemessen an der Abfallmenge pro Kopf der Bevölkerung, an der Spitze der Staaten. Lange Zeit glaubte man, dem Abfallberg mit der Vernichtung, vorwiegend der Verbrennung, Herr zu werden. Doch dann musste man, mit schonungsloser Deutlichkeit, zur Kenntnis nehmen, dass diese Vernichtung den Kreislauf der Natur empfindlich stört.

Das Umdenken, das vor allem angesichts des Waldsterbens breite Schichten der Bevölkerung erfasste, hat im technischen Bereich wie auf der gesetzgeberischen Ebene zu zahlreichen Massnahmen geführt, die auf die Schonung der Umwelt

### Selbstverantwortung

und die Wiederverwertung der Abfälle zielen. Neuestes Beispiel ist der Entwurf eines Abfallgesetzes, das in die Vernehmlassung geschickt wurde. Teilweise decken die darin enthaltenen Bestimmungen verschiedene Massnahmen der Abfallverwertung, die bereits heute gang und gäbe sind, auf der gesetzlichen Ebene ab, teilweise werden neue Massstäbe gesetzt. Vor allem wird auch das Problem der Deponien angegangen, das zu einer Kernfrage in den nächsten Jahren werden könnte.

Mit wenigen Ausnahmen konnte der in unserem Land produzierte Abfall in der näheren und weiteren Umgebung ausserhalb unseres Landes vernichtet oder deponiert werden. Doch je länger je mehr sind wir aufgefordert, auch in diesem Bereich Selbstverantwortung zu übernehmen. Für die Regierung und die Gemeinden dürfte es keine leichte Aufgabe sein, entsprechende Deponieplätze für unseren eigenen Abfall herzurichten. Aber es entspricht einer dringenden Notwendigkeit. Die Zeiten sind wohl vorbei, in denen wir Abfall produzierten, ihn jedoch zur Vernichtung, Verwertung oder Deponierung einfach ins Ausland abschieben konnten. (G. M.)

## Fremdenverkehr: Ausgeglichene Jahresrechnung 1986

Verhandlungen mit den Gemeinden Vaduz und Triesenberg über Zahlungen an Tourismusbüros

Die Übernahme der Schulden durch den Staat sowie die rückwirkende Erhöhung der Fremdenverkehrsumlage haben offenbar das erhoffte Ergebnis gebracht. Wie Regierungsrat René Ritter am Pressegespräch vom Dienstag erklärte, konnten sämtliche Kosten für das Jahr 1986 gedeckt werden, so dass erstmals seit vielen Jahren eine ausgeglichene Rechnung vorliegt. Allerdings mussten zur Erreichung dieses Zieles einige Werbemassnahmen aufgelassen werden.

Der Landtag stimmte im letzten Jahr der Übernahme des aufgelaufenen Defizits der liechtensteinischen Fremdenverkehrszentrale in Höhe von 585 000 Franken zu und genehmigte gleichzeitig die rückwirkende Erhöhung der Fremdenverkehrsumlage für das Jahr 1986. Diese Massnahmen haben nach den Angaben von Regierungsrat René Ritter bewirkt, dass die Jahresrechnung 1986 ausgegli-

chen präsentiert werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, mussten nach seinen Worten aber nicht nur die Einnahmen erhöht, sondern auch verschiedene Werbemassnahmen gestoppt werden. Vorgezogen ist nun aber ein Werbebudget, der erstmals alle Gemeinden des Landes vereinigt. Aus der Not ist hier offensichtlich eine Tugend gemacht worden.

Regierungsrat René Ritter erwartet, dass die Rechnung der Fremdenverkehrszentrale auch für das Jahr 1987 ausgeglichen gehalten werden kann. Aus der Erhöhung der Fremdenverkehrsumlage resultieren nach seinen Angaben Mehreinnahmen von 120 000 bis 140 000 Franken. Zudem sind, wie er weiter erklärte, Gespräche mit den Gemeinden Vaduz und Triesenberg aufgenommen worden, um Geld von diesen beiden Gemeinden, die beide am meisten vom Tourismus in un-

serem Land profitieren und in denen auch Tourismusbüros unterhalten werden, zu erhalten. Allerdings sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Das neue Finanzierungsmodell, das von einer Arbeitsgruppe und der Firma ATW Management Buchs vorgeschlagen wurde, steht weiterhin zur Diskussion. Allerdings stehen auch hier noch konkrete Ergebnisse aus. Die Vernehmlassung, die über dieses Finanzierungsmodell durchgeführt wurde, hat nach Angaben von Regierungsrat Ritter nicht das erhoffte Ergebnis gebracht, da die Vorschläge in vielen betroffenen Kreisen nicht gut aufgenommen worden seien.

Regierungsrat Ritter gab jedoch seiner Hoffnung Ausdruck, dass bis zum Herbst ein neues Fremdenverkehrsgesetz mit einem neuen Finanzierungsmodell vorliegen werde. Dann hat sich der Landtag damit zu beschäftigen.

## Arbeitsgespräch über Jugendaustausch in der Region

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille empfing Jugendminister in Vaduz

Gestern empfing Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille als Ressortinhaber für Jugendpolitik die zuständigen Minister von Luxemburg, des Bundeslandes Vorarlberg und des Kantons St. Gallen zu einer Arbeitstagung über Jugendaustausch. Ziel der Zusammenkunft ist die Verabschiedung einer gemeinsamen Absichtserklärung über den interregionalen Jugendaustausch.

In seiner Begrüssungsansprache unterstrich Dr. Herbert Wille die Bedeutung dieses Treffens, um dem geplanten Jugendaustausch einen besonderen Impuls geben zu können. Wie er weiter erklärte, erachte er es als wichtig, dass die Jugend in und zwischen den Staaten einander nähergebracht werden.

Das Jugendaustauschprogramm, das sich in Bearbeitung befindet, soll unter dem Motto «Liechtenstein kennenlernen» laufen. Die Minister der Nachbarstaaten und Luxemburgs hatten gestern Gelegenheit, das Land etwas kennenzulernen. Die vermehrte Kontaktnahme der Jugend über die Landesgrenzen hinweg geht auf die 1. Europäische Jugendministerkonferenz zurück, die im vergangenen Dezember in Strassburg stattgefunden hat.

Die Besucher aus der Schweiz, Österreich und Luxemburg trafen sich gestern

zu einem Arbeitsgespräch. Im weiteren wurden sie von Regierungschef Hans Brunhart sowie Erbprinzessin Marie auf Schloss Vaduz empfangen.

Heute sieht das Programm eine Besichtigung des Freizeitzentrums Resch und der Heilpädagogischen Tagesstätte in Schaan vor.



Erste Besprechung der Jugendminister im Regierungsgebäude in Vaduz. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille (Bildmitte) traf sich gestern mit dem Jugendminister Luxemburgs, Fernand Boden (rechts), sowie mit den Vertretern des Kantons St. Gallen, Landammann Edwin Koller, und des Bundeslandes Vorarlbergs, Landesrat Fredy Mayer, zu einem Arbeitsgespräch. (Bild: Brigitt Risch)

## Die Schulabgänger trafen Berufswahl

(paf) - Wie aus einem Zwischenbericht der Berufsberatungsstelle an die Regierung hervorgeht, haben praktisch alle Schulabgänger ihre Berufswahl bereits getroffen. Insgesamt werden im Frühjahr 1987 327 Schülerinnen und Schüler ins Erwerbsleben treten.

Wir kauften seit 1975 über 58.000 Forderungen im Wert von SFR 130 Millionen

**ALLGEMEINE VERMÖGENS-VERWALTUNGS AG**  
FL-9490 Vaduz, Spaniahof  
Tel.: 075/2 90 92 Serie

Factoring ist eine Sache von Erfahrung und Kapital

## Grenzüberschreitender Strassenverkehr

Bis in diesem Sommer sollen detaillierte Zahlen über den Strassenverkehr im Länderdreieck Schweiz, Österreich und Liechtenstein vorliegen. Diese Angaben machte Regierungschef Hans Brunhart beim Pressegespräch vom Dienstag. Die Erhebung kann nach seiner Ansicht Aufschluss über die Verkehrsströme in dieser Region geben.

Das Zahlenmaterial wird aus einer Erhebung über den grenzüberschreitenden Verkehr in Vorarlberg zur Verfügung gestellt, die 1986 durchgeführt wurde. Nun sollen die vorliegenden Daten unter spezieller Berücksichtigung liechtensteinischer Interessen aufgearbeitet werden. Die Regierung erwartet sich aus der Auswertung der Zahlen interessante Rückschlüsse zu allfälligen verkehrspolitischen Massnahmen.

Wilkhahn

**THONY** office

9494 Schaan  
Bahnhofstrasse 16